

Für Frieden in der Ukraine: Putins Angriffskrieg entgegengetreten



1. Ordentlicher Länderrat 2022, 30. April 2022
Düsseldorf, Rheinterrasse

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 30.04.2022
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Für Frieden in der Ukraine: Putins Angriffskrieg entgegengetreten

Antragstext

- 1 Wir verurteilen den Angriff der russischen Armee auf die Ukraine auf das
- 2 Schärfste. Er bringt großes Leid, tragische Verluste und millionenfache Flucht
- 3 für die Ukrainer*innen und alle, die dort leben. Wir stehen zutiefst
- 4 erschüttert, fest und solidarisch an der Seite der Menschen in der Ukraine.
- 5 Putin und seine Armee dürfen diesen Krieg nicht gewinnen, der bereits 2014
- 6 seinen Anfang nahm und in den vergangenen Jahren bereits mehr als 13.000
- 7 ukrainische Todesopfer forderte.

- 8 Der Angriff der Atommacht Russland auf die souveräne, demokratische und
- 9 friedliche Ukraine hat Auswirkungen weit über die Ukraine hinaus. Er bedeutet
- 10 einen eklatanten Bruch des internationalen und humanitären Völkerrechts, ist ein
- 11 Angriff auf Frieden, Demokratie und Freiheit in Europa und ein Versuch, die seit
- 12 Jahrzehnten bestehende Friedensordnung Europas dauerhaft zu zerstören. Putin
- 13 versucht, das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte
- 14 Souveränitätsprinzip durch das Recht des Stärkeren zu ersetzen und uns in die
- 15 Logik des Imperialismus und Kolonialismus sowie eine neue Blockkonfrontation zu
- 16 treiben. Diesem Ansinnen der Unfreiheit und Spaltung stellen wir uns mit aller
- 17 Kraft entgegen.

- 18 Der russische Angriffskrieg hat dramatische Auswirkungen nicht nur in Europa.
- 19 Die Versorgung mit Lebensmitteln, Düngemitteln, Rohstoffen und fossilen
- 20 Energieträgern ist in weiten Teilen der Welt durch Putins Krieg gefährdet. Es
- 21 wird immer deutlicher, dass Putin Hunger als Waffe nutzen will. Während die
- 22 Ernährungssicherheit in Europa gewährleistet ist, wird die Situation in vielen
- 23 Ländern im globalen Süden erheblich verschärft: Zusätzlich zu den bestehenden
- 24 Herausforderungen insbesondere im Zuge von Dürren und Überschwemmungen als
- 25 Auswirkungen der Klimakrise kommen nun rasante und zum Teil auch spekulative
- 26 Anstiege der Getreidepreise sowie der Ausfall von Getreideexporten aus der
- 27 Ukraine und Russland hinzu. Es drohen deshalb weitere Hungerkatastrophen.

- 28 Als Regierungspartei übernehmen wir Verantwortung und stehen in konsequenter
- 29 Solidarität mit der Ukraine. Wir warnen den Kreml vor dem Einsatz jeglicher
- 30 Massenvernichtungswaffen und treten mit aller Entschlossenheit der Aggression
- 31 des russischen Regimes entgegen: durch Hilfe, Aufnahme von schutzbedürftigen
- 32 Menschen und Diplomatie, aber auch durch schnelle und konsequente Sanktionen,
- 33 Unterstützung mit wirksamen, auch schweren und komplexen Waffen und das Annehmen
- 34 einer aktiven, verantwortlichen Rolle innerhalb der EU-Staaten, der NATO und der

35 Weltgemeinschaft. Es geht darum, die Folgen des Krieges einzudämmen und unseren
36 Teil dazu beizutragen, diesen zu beenden.

37 Wir müssen – auch angesichts der besonderen deutschen Verantwortung gegenüber
38 der Ukraine und den weiteren Nachfolgestaaten der Sowjetunion – unser
39 Möglichstes tun, um den Krieg in der Ukraine und die massiven
40 Menschenrechtsverletzungen zu beenden und müssen gleichzeitig verhindern, dass
41 Russland den Krieg auf weitere Staaten ausdehnt. Wir wissen, dass die Menschen
42 in der Ukraine derzeit auch Opfer eines Angriffs von Despotie auf die Freiheit
43 sind und deshalb gerade mit großem Mut auch für unsere Freiheit und für das
44 Völkerrecht kämpfen. Daher ist die Unterstützung der Ukraine auch eine
45 friedenspolitische Verpflichtung.

46 Gleichzeitig stehen wir solidarisch an der Seite der mutigen Menschen in
47 Russland, die ihre Stimme gegen diesen unmenschlichen Krieg erheben, obwohl sie
48 wissen, dass ihnen dafür Haft, Folter oder Schlimmeres droht.

49 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- 50 • unterstützen die massiven, gegen den russischen Machtapparat verhängten
51 politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionsmaßnahmen. Deren
52 Wirksamkeit müssen wir kontinuierlich überprüfen und Schlupflöcher
53 schließen. Zusammen mit unseren internationalen Partnern werden wir auch
54 die Ausweitung dieser Sanktionen konsequent vorantreiben;
- 55 • wollen, dass die durch die Bundesregierung bereits begonnene Reduzierung
56 unserer Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle aus Russland weiter fortgeführt
57 und dass diese Abhängigkeit schnellstmöglich beendet wird. Wir begrüßen,
58 dass wir bei Öl und Kohle bereits kurz davor stehen, diese Unabhängigkeit
59 herzustellen. Bei Gas ist eine weitgehende Unabhängigkeit bis spätestens
60 2024 möglich. Vor diesem Hintergrund erhalten die beschleunigte Umstellung
61 auf erneuerbare Energien sowie Maßnahmen zur Energieeffizienz und
62 Energieeinsparung eine zentrale sicherheitspolitische Bedeutung;
- 63 • befürworten und unterstützen die Fortsetzung und wo möglich Beschleunigung
64 der Lieferung benötigter Ausrüstung an die Ukraine und dabei auch die
65 Erweiterung der Lieferung auf schwere Waffen und komplexe Systeme etwa im
66 Rahmen des „Ringtauschs“ mit Partnerländern, damit die Menschen in der
67 Ukraine ihr Recht auf Selbstverteidigung ausüben können. Eine stetige
68 Prüfung, ob weitere Waffen abgegeben werden können, wird genauso
69 befürwortet wie das aktive Zugehen auf andere Länder, um ihnen einen
70 „Ringtausch“ anzubieten. Wichtig ist dabei die Stärkung der
71 Verteidigungsfähigkeit der Ukraine auch über die nächsten Monate hinaus.
72 Auch die kurz-, mittel- und langfristige Ausbildung in Deutschland oder
73 auf NATO-Gebiet muss in Abstimmung und Kooperation mit unseren Partnern
74 von der Bundesregierung unterstützt werden;
- 75 • stehen dafür, dass parallel und unabhängig von diesen Maßnahmen alle
76 diplomatischen Bemühungen unternommen werden, um eine Waffenruhe zu
77 erreichen und den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und gegen
78 ihre territoriale Integrität zu beenden. Dabei muss klar sein, dass es
79 keine Verhandlungen über die Köpfe der Ukrainer*innen hinweg geben darf.
80 Daher unterstützen wir gerade die Bemühungen der ukrainischen Regierung,
81 in direkten Verhandlungen mit der russischen Führung einen
82 Waffenstillstand zu erzielen. Gleichzeitig sind wir uns jedoch bewusst,

- 83 dass Wladimir Putin sich in der Vergangenheit nicht an Zusagen gehalten
84 hat. Deshalb zählen Taten, nicht Worte;
- 85 • stehen für das Recht der Ukraine als demokratischer und souveräner Staat
86 auf freie Bündniswahl. Ob die Ukraine den Antrag auf eine NATO- oder EU-
87 Mitgliedschaft stellt, entscheiden die Menschen in der Ukraine, nicht
88 Moskau, Berlin, Brüssel oder Washington. Wir unterstützen aktiv die EU-
89 Beitrittsperspektive der Ukraine als wichtiges politisches Signal. Die
90 Ukraine gehört ohne Wenn und Aber zu Europa;
 - 91 • setzen uns mit Nachdruck für eine umfassende Dokumentation, unabhängige
92 Untersuchung und Verfolgung der Kriegsverbrechen in der Ukraine ein. Dazu
93 muss den zuständigen UN-Organisationen, insbesondere dem UN-
94 Hochkommissariat für Menschenrechte, dem Internationalen Strafgerichtshof,
95 den europäischen Justizbehörden und weiteren relevanten nationalen und
96 internationalen Institutionen jegliche Unterstützung gewährt werden.
97 Diejenigen, die in der Ukraine Kriegsverbrechen begangen haben, müssen
98 wissen, dass sie zur Rechenschaft gezogen werden. Die grausamen Massaker
99 von Butcha, Borodjanka, Mariupol und vieler anderer Orte der Ukraine sowie
100 der Einsatz sexualisierter Gewalt als Kriegswaffe und weiterer Verbrechen
101 gegen die Menschlichkeit dürfen nicht ungestraft bleiben;
 - 102 • unterstützen Bemühungen für die Untersuchung des Zustands und die
103 Absicherung der ukrainischen Atomkraftwerke, um die Folgen der russischen
104 Besatzung zu beseitigen und Vorkehrungen gegen weitere Angriffe zu
105 verstärken. Auch bei verstärktem Schutz gibt es jedoch keine hinreichende
106 Sicherheit gegenüber unmittelbaren und mittelbaren (externe
107 Stromversorgung, fehlender Diesel für Notstromaggregate) Kriegsfolgen.
108 Deshalb muss sich Deutschland für eine weltweite Ausstiegsstrategie
109 einsetzen;
 - 110 • begrüßen die bisherigen Entscheidungen der Bundesregierung zur
111 Unterstützung für die ukrainische Kultur. Denn mit dem russischen
112 Angriffskrieg soll auch die Kultur und kulturelle Identität der Ukraine
113 vernichtet werden. Deshalb ist es richtig, die ukrainischen Kulturstätten
114 vor der russischen Zerstörungswut zu bewahren. Wichtig ist auch, die
115 unabhängige Berichterstattung über das grausame Vorgehen der russischen
116 Truppen in der Ukraine weiter abzusichern, indem wir geflüchtete
117 Journalist*innen bei der Fortsetzung ihrer Arbeit im deutschen Exil
118 unterstützen;
 - 119 • rufen dazu auf, schon jetzt einen Plan für den nachhaltigen Wiederaufbau
120 der Ukraine aufzulegen, um die katastrophalen Schäden für die Menschen und
121 die Umwelt durch die russische Invasion zu beheben. Wir wollen
122 rechtsstaatliche Möglichkeiten ausloten, eingefrorene Vermögenswerte des
123 russischen Staates dafür zu nutzen;
 - 124 • setzen uns dafür ein, dass Bundesregierung, EU, G7 und Weltgemeinschaft
125 die notwendige humanitäre Unterstützung leisten, um die Not und das
126 unsägliche Leid der Ukrainer*innen und der dort lebenden Menschen infolge
127 des russischen Überfalls zu lindern. Dazu zählen Hilfsgüterlieferungen,
128 aber auch andere Hilfs- und Schutzmaßnahmen durch die Vereinten Nationen
129 und ihre humanitären Partnerorganisationen in der Ukraine, insbesondere,
130 um die Grundversorgung in den Bereichen Nahrungsmittel, Gesundheit, Wasser
131 und Elektrizität sicherzustellen. Dies gilt sowohl für die über sieben
132 Millionen Binnenvertriebenen als auch für die Bewohner*innen der von
133 russischen Streitkräften belagerten Ortschaften;
 - 134 • setzen uns dafür ein, dass aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten
135 weiterhin auf nationaler, aber auch auf europäischer Ebene Instrumente

- 136 entwickelt werden, die den wirtschaftlichen Zusammenhalt stärken und zu
137 sozialen Entlastungen für die Bürger*innen führen;
- 138 • setzen uns gemeinsam mit unseren Partnern dafür ein, die sich durch den
139 Krieg verschärfenden Herausforderungen der Welternährung anzugehen, indem
140 vor allem die Organisationen im Kampf gegen den Hunger mit ausreichend
141 finanziellen Mitteln ausgestattet werden, die spekulativen Anstiege am
142 Getreidemarkt durch das Offenhalten der Märkte möglichst niedrig gehalten
143 und die Länder des globalen Südens besser dabei unterstützt werden,
144 nachhaltige Landwirtschaft zu betreiben. Den Versuchen, diese angespannte
145 Situation für eigene Interessen oder gar das Zurückdrängen von für den
146 Arten- und Klimaschutz essentiellen Maßnahmen zu nutzen, stellen wir uns
147 klar entgegen;
- 148 • stehen den Millionen aus der Ukraine in die Nachbarländer geflüchteten
149 Menschen in dieser für sie so traumatisierenden Situation bei. Dabei
150 begrüßen wir die große Solidarität der europäischen Nachbarstaaten der
151 Ukraine. Sie müssen von Deutschland und der EU jede notwendige
152 Unterstützung erhalten, um mit dieser enormen Herausforderung zurecht zu
153 kommen;
- 154 • sehen eine besondere Verantwortung für die hochbetagten Überlebenden der
155 Shoa in der Ukraine. Es ist unsere humanitäre Verpflichtung, sie in
156 Sicherheit zu bringen;
- 157 • begrüßen, dass Geflüchtete aus der Ukraine in der EU kein Asylverfahren
158 durchlaufen müssen und bis zu drei Jahre Schutz erhalten. Ebenso begrüßen
159 wir es, dass sie bei uns arbeiten können, krankenversichert sind und dass
160 den Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine das deutsche Schulsystem
161 sowie die Hochschulen offen stehen. Es sind vor allem Frauen mit Kindern
162 und alte Menschen, die hier Schutz suchen. Nächste Schritte müssen nun
163 sein, die Kinderbetreuung während Sprach- und Integrationskursen
164 sicherzustellen, die psychosoziale Hilfe rasch auszubauen und das
165 Fußfassen von Frauen im Arbeitsmarkt zu unterstützen. Es ist gut, dass der
166 Bund den Ländern bei der Finanzierung zur Seite steht;
- 167 • erkennen an, dass aus der Ukraine flüchtende Menschen mit Behinderung,
168 LGBTIQ*, People of Color oder Rom*nja ein Recht auf diskriminierungsfreien
169 Zugang zu Schutz haben. Wir verurteilen Gewalt- und Diskriminierungen
170 gegen sie und setzen uns für ihren Schutz ein. Wir begrüßen, dass
171 Strukturen für unbegleitet geflohene Minderjährigen und solchen, die aus
172 ukrainischen Waisenhäusern und Kinderheimen kommen, geschaffen wurden, die
173 eine gute, vor allem aber gemeinsame Unterbringung gewährleisten;
- 174 • setzen uns dafür ein, dass auch Drittstaatsangehörige, die aus der Ukraine
175 fliehen mussten, eine Perspektive für einen sicheren, langfristigen
176 Aufenthalt bei uns erhalten. So wollen wir zum Beispiel für Studierende
177 das Hamburger Modell auch im Bund umsetzen;
- 178 • setzen uns für den besonderen Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt und
179 Menschenhandel ein. Opfern von Repression, Folter und sexualisierter
180 Gewalt ist schnell und umfassend medizinische und psychologische Hilfe zu
181 gewähren;
- 182 • setzen uns dafür ein, dass auch politisch Verfolgte und Regimegegner*innen
183 aus Russland und Belarus wie etwa Menschenrechtsaktivist*innen,
184 Deserteure, Oppositionelle, Journalist*innen, Künstler*innen oder LGBTIQ*-

- 185 Personen zügig und unkompliziert Unterstützung sowie eine Einreise und
186 Visa in der EU und in Deutschland erhalten;
- 187 • bedanken uns bei den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen und
188 den vielen ehrenamtlichen Helfer*innen, die bei der Aufnahme der Menschen
189 Großes leisten, die Hilfsgüter transportieren oder selbst Menschen auf der
190 Flucht unterstützen. Sie erhalten unsere volle Unterstützung und sollen
191 mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden. Ohne sie und die vielen
192 staatlichen Akteur*innen in Behörden und Bildungseinrichtungen, die
193 unbürokratisch unterstützen, wäre die gesellschaftliche Herausforderung
194 der Flucht nicht zu meistern. Wir begrüßen außerdem die unkomplizierte wie
195 großzügige Unterstützung der deutschen (Lebensmittel-)Wirtschaft mit
196 Hilfsgütern;
- 197 • befürworten eine gute Ausstattung der Bundeswehr zur Stärkung der Bündnis-
198 und Verteidigungsfähigkeit. Wladimir Putin hat mit brutaler militärischer
199 Gewalt unmittelbar an den Grenzen der Europäischen Union internationales
200 Recht nicht nur gebrochen, sondern ganz offen und bewusst mit Füßen
201 getreten. Dies und die bitteren Erfahrungen mit Putins
202 völkerrechtswidriger militärischer Gewaltanwendung in der Ukraine, Syrien,
203 Tschetschenien, Georgien, Moldau und an vielen anderen Orten, aber auch
204 die Mordanschläge von Salisbury oder im Berliner Tiergarten zeigen uns
205 eindringlich, welche Gefahr von Putin auch in Zukunft ausgehen wird;
- 206 • wollen zukünftig weit mehr in unsere Sicherheit investieren und unsere
207 Demokratie und Freiheit schützen. Dabei geht es uns um einen umfassenden
208 Sicherheitsbegriff, der militärische Sicherheit beinhaltet, aber bei
209 weitem nicht allein. Zu einem modernen Sicherheitsverständnis im 21.
210 Jahrhundert gehören Krisenfrüherkennung, zivile Krisenprävention und -
211 bearbeitung, Cyber-Sicherheit, Schutz kritischer Infrastruktur und
212 Resilienz unserer demokratischen Öffentlichkeit vor systematischen
213 Versuchen von Desinformation genauso wie Energiesicherheit und
214 Klimaschutz;
- 215 • unterstützen das 100-Milliarden-Sondervermögen zur Stärkung der Bündnis-
216 und Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Dazu gehört für uns eine zügige
217 Evaluation und Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr, eine
218 Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit, auch bei Beschaffung und
219 Rüstungskoooperationen, Cybersicherheit, Ertüchtigung von Partnern, eine
220 klare und nachvollziehbare Projekt-Unterlegung und eine bedarfsgerechte
221 Ermittlung notwendiger Militärausgaben;
- 222 • lehnen eine Verankerung der von Vorgängerregierungen zugesagten NATO-Quote
223 von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben im
224 Grundgesetz ab. Fixe Quoten abseits des Bedarfs der Bundeswehr, bei
225 fehlenden effizienten Beschaffungsstrukturen und einem Zu-wenig an
226 europäischer Zusammenarbeit bedeuten eben genau nicht mehr Sicherheit;
- 227 • stellen das im Völkerrecht verankerte Konzept der „menschlichen
228 Sicherheit“ insgesamt ins Zentrum, also eine gut finanzierte humanitäre
229 Hilfe, eine substanzielle zivile Krisenprävention und -bearbeitung,
230 Sicherheit vor Gewalt, vor Bedrohungen wie Armut, Hunger oder den Folgen
231 der Klimakrise sowie partner-orientierte Entwicklungszusammenarbeit und
232 eine feministische Außenpolitik. Die Umsetzung der Ziele für Nachhaltige
233 Entwicklung (SDGs) und des Pariser Klimaabkommens sind dafür zentral.
234 Daher wollen wir zukünftig auch erheblich mehr in diese über das rein

235 Militärische hinausgehende Sicherheit investieren und setzen uns für die
236 Erhöhung der Mittel in Regierung und Parlament ein;

237 • setzen uns für Abrüstung und insbesondere für eine Welt ohne Atomwaffen
238 ein, wie wir es im Koalitionsvertrag durchgesetzt haben. Die notwendige
239 Wehrhaftigkeit unserer Demokratien darf eine effektive Friedensarbeit
240 nicht versperren.

241 Diesen Weg der Solidarität mit den Menschen in und aus der Ukraine müssen wir
242 gemeinsam mit unseren europäischen, transatlantischen und weiteren
243 demokratischen Partnern weltweit weiter gehen. Dies gebietet die Menschlichkeit,
244 aber es sind auch die gewaltigen Opfer, die die mutigen Ukrainer*innen nicht nur
245 für ihr eigenes Land, sondern für das Fortbestehen unserer Freiheit und
246 Demokratie in der Europäischen Union erbringen, die uns hierzu verpflichten.